

**Anregungen und Forderungen des
Arbeitskreises Wohnen
im Stadtseniorenrat Nürnberg
an die Kandidaten für die bayerische Landtagswahl 2023**

Der Arbeitskreis Wohnen des Stadtseniorenrates bittet Sie, sich dafür einzusetzen, dass in der Legislaturperiode 2023-2028 des Landtags die Bedürfnisse der älteren Menschen in Nürnberg und im Land Bayern stärker berücksichtigt werden, damit sie ein selbstbestimmtes, würdiges und sorgenfreies Leben führen können.

Unsere Anregungen und Forderungen im Einzelnen sind:

1. Wohnen und Leben im Alter - Barrierefreiheit

Der Arbeitskreis Wohnen des Stadtseniorenrates Nürnberg setzt sich dafür ein, dass Menschen ein Leben lang in ihrer Wohnung bleiben können. Bauvorschriften für familien- und seniorengerechten Wohnungsbau gelten jedoch nur für einige Teilbereiche, z.B. für Seniorenwohnanlagen und den geförderten Wohnungsbau. Die Mehrzahl der Wohnungen, besonders im Altbestand, ist weder familien- noch seniorengerecht.

Wir bitten Sie:

Setzen Sie sich dafür ein, dass Wohnraum familien- und seniorengerecht wird, z.B. durch:

- Überprüfung der Anwendung der Bauvorschriften für Barrierefreiheit
- Förderung der Schaffung ebenerdiger Haus-Zugänge
- Förderung des nachträglichen Einbaus von Aufzügen
- Erhöhung der Förderung für die Wohnraumanpassung an die Bedürfnisse von älteren Menschen
- Verankerung des Bewusstseins für familien- und seniorengerechten Wohnungsbau in der beruflichen Bildung Bayerns
- Verstärkte Förderung alternativer Wohnformen, z.B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnanlagen

2. Bezahlbarer Wohnraum

Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren besonders auch in Nürnberg stark gestiegen. Gerade für Senioren, deren Rente/Einkommen nicht im gleichen Maße steigt, ist das oft ein unlösbares Problem und führt zu Altersarmut.

→ Wir bitten Sie:

Setzen Sie sich dafür ein, dass Wohnraum wieder bezahlbar wird, z.B. durch:

- Vereinfachung der Bauvorschriften
- Vereinfachung der Bebauungsplanung
- Änderung und Vereinfachung des Baugenehmigungsverfahrens

- Regelungen zur Energieeinsparung, die auch für ältere Menschen bezahlbar sind
- Unterstützung der Mieter bei Insolvenz des Vermieters
- Förderung des Wohnungsbaus durch:
 - Bereitstellung öffentlicher Grundstücke
 - Auflagen zur Erstellung bezahlbaren Wohnraums bei der Konzeptvergabe von Grundstücken aus dem Bestand von Kommunen, Landes- oder Bundeseinrichtungen
 - Erhöhung des Anteils geförderter Wohnungen bei allen Wohnungsbauprojekten, insbesondere von kleineren Wohnungen für alleinlebende ältere Menschen.
 -
 - Verstärkte Förderung lokaler kommunaler Baugenossenschaften und Bauträger
 - Förderung und Unterstützung der Bildung von – auch privaten – Wohnungsbaugenossenschaften
 - Förderung der ländlichen Regionen durch Gewerbeansiedlungen, Verbesserung der Infrastruktur und der Versorgungseinrichtungen. Das macht das Leben außerhalb der Städte attraktiv, mindert die Landflucht und entlastet vor allem den Wohnungsmarkt in den Städten.

3. Mobilität / Infrastruktur

Der Arbeitskreis Wohnen des Stadtseniorenrates Nürnberg setzt sich für die Aufrechterhaltung und den Ausbau einer **wohnnahen Infrastruktur** (Banken, Apotheken, Ärzte, Einkaufsmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr) ein.

→ Wir bitten Sie:

Setzen Sie sich dafür ein, dass Maßnahmen zur Verbesserung bzw. Erhaltung einer auch für Senioren lebenswerten Infrastruktur in allen Stadtquartieren durchgeführt werden.

4. Betreutes Wohnen

Die Wohnform „Betreutes Wohnen“ für Senioren ist durch Gesetze nur unzureichend geschützt, da die Heim- und Pflegegesetze für diese Wohnform ausdrücklich nicht gelten. Der Arbeitskreis Wohnen des Stadtseniorenrates Nürnberg setzt sich für einen verstärkten Schutz der Bewohner dieser Wohnform ein sowohl bei Abschluss des Miet- bzw. Kaufvertrages als besonders auch bei der sogenannten „Betreuung“ durch den Betreiber.

→ Wir bitten Sie:

Setzen Sie sich dafür ein, dass neue Gesetze in Anlehnung an die Heimgesetze den Bewohnern dieser Anlagen staatlichen Schutz bieten, die über die Regelungen des Zivilrechts hinausgehen. Ältere Menschen sind meist nicht mehr in der Lage oder nicht bereit, ihr Recht auf dem Klageweg durchzusetzen. Hier ist der Staat gefordert.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung der Anliegen der älteren Menschen.